

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim März/April 2022, 32. Jahrg.



Am 13. März ist Bürgermeisterwahl in Eberswalde.

Wählen Sie Steffi Schneemilch!

Sie ist die gemeinsame Kandidatin von Bündnis90/Die Grünen und den LINKEN. Sie wollen erfahren, wer das ist? **Lesen Sie das Porträt auf den Seiten 4/5.**

Hat im ersten Wahlgang keine Kandidat:in mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten, gibt es **am 3. April eine Stichwahl**. Und natürlich: Wählen Sie auch dann Steffi Schneemilch.

Sie können auch per Briefwahl abstimmen. Briefwahlunterlagen anfordern, mit Ihrem Wahlschein oder auf der Homepage der Stadt: <https://www.eberswalde.de/start/stadtpolitik/wahlen>.

In dieser Ausgabe

Wandlitz, Eberswalde, Bernau: Haltung zeigen für Zusammenhalt", **2**

Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung LINKE Werneuchen: Entlastungen für Familien und Sozialarbeiterin für Grundschule beschlossen **3**

„Bernau ist attraktiver geworden“ Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) stellt sich im Juni zur Wahl. **3**

„Diese Ideen sind einfach großartig!“ Ihre Begeisterung für Eberswalde ist ansteckend, ihr Engagement echt, ihr Wunsch andere einzubeziehen, kann eine neue Politik ermöglichen: Wer ist Steffi Schneemilch? Die 40-jährige will Bürgermeisterin in Eberswalde werden, unterstützt von DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen. **4/5**

Nie wieder Krieg! Frieden in Europa! Ob in den Kommunen oder im Bundestag: DIE LINKE setzt sich für Deeskalation ein. **6**

Energie darf nicht zum Luxusgut werden Brandenburger Landtag hält Antrag der LINKEN für unnötig. **6**

Als ich einmal dankbar war ... Corona-Hilfen: Bericht einer Barnimer Einzelhändlerin über die Achterbahnfahrt zwischen Dankbarkeit, Solidarität, Hoffnung und Wut. **7**

OW Online:

immer mittwochs und sonntags

auf: www.dielinke-barnim.de oder Facebook: [Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29, BIC: WELADED1GZE; Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

LINKE: Kleinen Unternehmen helfen!

Brandenburger Landtag lehnte „Vertrauensschutz“ bei Corona-Hilfen ab

Vertrauensschutz sei nicht nötig, so wurde der Brandenburger Wirtschaftsminister Steinbach im Februar im rbb zitiert. Der Anlass: DIE LINKE will, dass die Landesregierung auf die Rückzahlung der vor zwei Jahren angekündigten Soforthilfen für Unternehmen und Freiberufler vollständig verzichten soll.

Den Hintergrund erklärt Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag: „Mit dem ersten Lockdown, mit der staatlich angeordneten Schließung von Geschäften und Unternehmen, hat Brandenburg schnell und unkompliziert einmalige, nicht rückzahlbare Hilfen angekündigt, gestaffelt zwischen 9.000 und 15.000 Euro. Das hatte unsere volle Unterstützung.“ Unternehmen sollten auch Betriebs- und Lebenshaltungskosten geltend machen können. Die Brandenburger Richtlinie trat am 24. März 2020 in Kraft. Am 29. März beschloss dann aber die Bundesregierung ein Corona-Soforthilfeprogramm. Hier blieben Betriebs- und Lebenshaltungskosten unberücksichtigt. „Brandenburg passte die Landesrichtlinie sofort zum 1. April an. Nun konnten Unternehmen nur Gelder für Verbindlichkeiten bekommen wie Einkäufe oder Mieten“, erläutert

Walter. Das war schon damals sehr umstritten. Andere Bundesländer unterstützten Soloselbstständige zum Beispiel mit einem „Unternehmerlohn“. Die Brandenburger LINKE unterbreitete auch immer neue Vorschläge, um den Kleinstbetrieben zu helfen, 12 insgesamt, betonte Walter am 23. Februar im Landtag. Sie wurden leider alle ignoriert.

Insgesamt 1,3 Milliarden Euro hat der Brandenburger Landtag für Hilfen frei gegeben. Nur wenig wurde davon ausgegeben. „Man kann unterstellen, dass das Land nur die Hilfen des Bundes ausreicht, kaum eigenes Geld für die Kleinstunternehmen zur Verfügung stellt“, vermutet Walter. Deshalb fordert DIE LINKE zumindest den Vertrauensschutz für diejenigen ein, die zwischen dem 24. und 2. April ihre Anträge gestellt haben: „Für sie muss wenigstens die damals gültige Richtlinie gelten“, meint Walter.

Warum ist das jetzt so wichtig? Im Januar hat die Landesinvestitionsbank (ILB) im Auftrag des Wirtschaftsministeriums über 38.000 Aufforderungen an Unternehmen verschickt, die Verwendung der Soforthilfen nachzuweisen. Der Termin, innerhalb von 4 Wochen zu antworten, wurde nach Protesten zumindest

auf Mitte März verschoben. „Wir sind für die sachgemäße Verwendung und Prüfung“, betont Walter. „Aber DIE LINKE will, dass alle Spielräume zu Gunsten der Antragsteller:innen ausgeschöpft werden. Es ging hier nicht um Großkonzerne, die dann ihre Dividende auszahlen konnten, sondern um Kleinstunternehmen.“ Sollten Rückzahlungen gerechtfertigt sein, wolle DIE LINKE die Rückzahlungsfrist bis zum 30. Juni 2023 verlängern und den Nachweis des Liquiditätsengpases von drei zusammenhängenden Monaten bis 30. Oktober 2020 ausdehnen.

„Selbst der Bundeswirtschaftsminister will Rückforderungen aussetzen und in Sachsen übernimmt gar das Land Rückzahlungen“, beschreibt Walter, was woanders möglich ist. Bei der namentlichen Abstimmung im Brandenburger Landtag konnten die 8 anwesenden Fraktionsmitglieder der LINKEN insgesamt 27 Abgeordnete von ihrem Anliegen überzeugen. Abgelehnt wurde der Antrag dennoch durch 38 Gegenstimmen. „Wir bleiben dran“, verspricht Walter, „das sind wir den kleinen Betrieben in Brandenburg schuldig.“

► Bericht einer Barnimer Einzelhändlerin über Corona-Soforthilfen Seite 7.

Wandlitz, Eberswalde, Bernau: Haltung zeigen für Zusammenhalt



Zu den Initiativen aus über 20 Orten im Land Brandenburg, die sich am landesweiten Aktionstag „Brandenburg zeigt Haltung“ beteiligten, gehören auch viele Menschen aus dem Barnim. Sie wollen ein Zeichen setzen gegen die zunehmende rechtsextreme, verschwörungsideologische und antidemokratische Stimmungsmache bei den sogenannten Corona-Demonstrationen. Die Initiativen stehen für Zusammenhalt in der Gesellschaft und wollen der Mehrheit, die solidarisch aus der Pandemie will, ein Gesicht geben.

In Bernau beteiligten sich am 19.

Februar trotz Regens und Sturms über 200 Menschen. Die Menschenkette zog sich durch die gesamte Innenstadt, mit dabei: Bürgermeister André Stahl. In Eberswalde und Wandlitz wurden die Veranstaltungen wegen des Sturms auf den 26. Februar verschoben. Fotos: rc

Wie viele Schulsozialarbeiter:innen werden gebraucht?

Drei weitere Schulsozialarbeiter:innen bekommt der Landkreis Barnim finanziert, und zwar aus dem Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“. Das staatliche Schulamt hat entschieden, dass diese an drei Schulen in Eberswalde gehen (siehe OW Januar/Februar). Ich freue mich für jede Schule, die eine Sozialarbeiter:in bekommt. Aber wie groß ist der Bedarf im ganzen Landkreis? Ich bin Stadtverordneter in Bernau, ich möchte gern Anträge auf der Grundlage von Fakten stellen. Also muss ich erstmal recherchieren.

Zuerst rief ich den Träger der Schulsozialarbeit der Stadt Bernau, die Hoffnungstaler Stiftung Lobetal, an und fragte nach Zahlen. Wie hat sich der Bedarf an Schulsozialarbeit im Laufe der Pandemie entwickelt? Ich soll Zahlen bekommen.

Ich bevorzuge aber mehrere Quellen. Also habe ich versucht, bei den Praxen für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bernau weitere Informationen zu erhalten. Die Familientagesklinik „Koralle“ hat mich an den Chefarzt im Martin-Gropius-Klini-

kum Eberswalde verwiesen. Dessen Sekretärin empfahl mir eine E-Mail zu schreiben, diese würde der Arzt dann nachts lesen, vorher komme er nicht dazu. Unter diesen Arbeitsbedingungen ist mir verständlich, dass ich von ihm bisher keine Antwort erhalten habe.

Als nächstes wandte ich mich an die schulpsychologische Beratungsstelle. Trotz eines freundlichen Telefonats galt auch hier: Schriftliche Anfrage. Antwort: Das staatliche Schulamt als vorgesetzte Stelle empfahl ihrer Mitarbeiterin meine Fragen nicht zu beantworten, aus Datenschutzgründen.

Also: Ich habe gute Gespräche geführt, viele bedrückende Dinge über die Probleme von Kindern und Jugendlichen erfahren. Aber ich habe keine belastbaren Daten, die mir als Kommunalpolitiker helfen.

Nun hat der Eberswalder Landtagsabgeordnete Sebastian Walter (DIE LINKE) aus meinen Fragen eine Anfrage für ganz Brandenburg im Landtag gestellt. Schauen wir, ob uns die Antwort weiterhilft ...

Matthias Holz

Mit spitzer Feder

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen.

Es können Termine kurzfristig abgesagt oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisvorstand: 15. März, 5. April, 3. Mai jeweils 18 Uhr, zurzeit per Videokonferenz, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org [*solid]: E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de; zurzeit Online: 28. März, 25. April, 9. und 23. Mai jeweils 18 Uhr, Kreistag: 14. März, 17 Uhr, Stadthalle Eberswalde, Am Alten Walzwerk 1

Eberswalde: Stadtvorstand: 30. März, 18 Uhr, Bürgerbüro, Heegermühler Straße 15.

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online. Anfragen an Tel.: 03334-236987, E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 22. März, 26. April, jeweils 18 Uhr, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 1. Montag im Monat, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau;

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online, Kontakt per E-Mail: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Stadtverordnetenversammlung: 24. März, 12. Mai, jeweils 16 Uhr, Rathaus Bernau, Bürgermeisterstraße 1

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion, Kontakt: ines@pukall.eu,

Fraktion: 15. März, 13. April jeweils 19 Uhr, Ratssaal im Rathaus Panketal, Schönower Str. 105

Gemeindevertreterversammlung: 29. März, 17. Mai, jeweils 19 Uhr, Mensa Grundschule Zepernick, Schönolinder Straße 92

Ortsverband: 2. Mai und Linker Stammtisch: 25. Mai, jeweils 19 Uhr in Leos Restauration, Schönower Straße 59, Zepernick

Wandlitz: Ortsverband: jeder 2. Mittwoch im Monat; Tel.: 0178-9700577; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de;

Fraktion: 3. Mai, 18 Uhr; Gemeindevertreterversammlung: 5. Mai, 18 Uhr, Sport- und Mehrzweckhalle Wandlitz.

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Ortsverband: 1. April, 6. Mai, Stadtfraktion: 24. März, 14. April, 17. Mai, Stadtverordnetenversammlung: 31. März, 19. Mai, jeweils 18 Uhr, Adlersaal, Berliner Allee 18a

Ahrensfelde: Fraktionssitzung: 21. März, 25. April, 16. Mai, sowie Gemeindevertreterversammlung: 14. April, 12. Mai, alles jeweils um 17 Uhr im Ortsteilzentrum Ahrensfelde

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzungen: Online,

Stadtverordnetenversammlung: 5. Mai, 19 Uhr, Grundschule am Pfefferberg, Bahnhofstraße 9-12

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt, Gemeindevertreterversammlung: 23. Februar

Chorin: Gemeindevertreterversammlung: 31. März, 28. April, 25. Mai jeweils 19 Uhr, Rathaus Britz

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Matthias Holz (mh), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtigt (mm), Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian Walter (ViSDP/sw),

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 37.000

nächster Redaktionsschluss:

16. Mai 2022

nächster Erscheinungstermin:

9. Juni 2022

Online-Ausgaben:

mittwochs und sonntags auf www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

download als pdf-Datei:

www.dielinke-barnim.de alle archivierten Zeitungen vorhanden. oder direkt:



„Bernau ist attraktiver geworden“

Bürgermeister:innenwahl am 19. Juni: Amtsinhaber André Stahl kandidiert erneut für DIE LINKE.

Von Matthias Holz

Unter dem Motto „Bernau 2030“ luden der Bernauer Bürgermeister André Stahl und der Stadtvorstand der LINKEN Mitte Februar zu einer Diskussion ein. Es trafen sich Sympathisant:innen und Mitglieder der Partei, um über Schritte für ein „zukunftsfestes Bernau“ zu diskutieren.

Der Bürgermeister reflektierte über die Ausgangslage der Stadt zu Beginn seiner Amtszeit vor 8 Jahren. Diese war gut, da Bernau nicht nur schuldenfrei war, sondern auch einige Mittel auf dem Konto hatte. Und dass sei auch so geblieben, bemerkt André Stahl mit einem Augenzwinkern, trotz eines Bürgermeisters der LINKEN.

Aber vor 8 Jahren gab es festgefahrene Strukturen, welche aufgebrochen werden mussten. Außerdem galt es, das Entwicklungspotenzial der Stadt zu analysieren. Eines war der **Wohnungsbau**. Trotz aller Baumaßnahmen gibt es noch immer einen Leerstand von nur einem Prozent. Wichtig ist dem Bürgermeister, dass man, entgegen der Meinung anderer Fraktionen, nicht auf der grünen Wiese gebaut hat. Es wurden Flächen für Wohnungsbau genutzt, auf denen teilweise Ruinen standen oder die schon lange als Baugebiete ausgeschrieben waren. Außerdem hat man durch die Bebauung oft Altlasten beseitigt, die sonst noch heute die Umwelt verschmutzen würden. André Stahl führt den Pankebogen, die Schwanebecker Chaussee oder das ehemalige

Kabelwerk Schönow als Beispiele an. Dort wurde Grundwasser gereinigt, ein großer Park errichtet und, speziell in der Schwanebecker Chaussee, Altlasten im Wert von 10 bis 12 Millionen Euro beseitigt. Dadurch sind so hohe Kosten

entstanden, dass es schwierig sei, an diesem Standort noch sozialen Wohnungsbau zu realisieren. Bei der Verhandlung mit Investoren ist es „wie beim Drehen einer Schraube, nach fest kommt locker“, erklärte Bürgermeister Stahl. Aber die Stadt habe durch die städtische Wohnungsgesellschaft Wobau 4000 Wohnungen in der Hand und wird diese auf niedrigem Mietniveau halten, um einen Gegenpol zu steigenden Mieten zu behalten.

Die **Verkehrswende** muss laut Bürgermeister sozial verträglich sein. Das bedeutet für ihn einerseits mehr städtische Buslinien zu etablieren und deren Taktung zu verbessern und andererseits Parkhäuser zu bauen. Bernau sei nun mal ein Mittelzentrum, weshalb viele Menschen



Bernaus Bürgermeister André Stahl

Foto: bc

aus dem Umland nach Bernau kommen. Diese würden auch künftig mit dem Auto in die Stadt fahren, weshalb Parkhäuser notwendig sind. Ein Großteil des Verkehrs begründet sich auch damit, dass Bernau sehr an Attraktivität gewonnen hat. Diese wird noch zunehmen, wenn die moderne Veranstaltungshalle mit 2000 Plätzen fertiggestellt ist oder Bernau nach Jahrzehnten der Diskussion endlich eine Schwimmhalle bekommt. Deshalb sei es wichtig auf alternative Mobilität zu setzen, wo es möglich ist.

André Stahl möchte in einer zweiten Amtszeit dafür sorgen, dass Bernau weiterhin eine **soziale, kinder- und seniorengerechte Stadt** bleibt.

Auch Klimafreundlichkeit steht ganz oben auf der Agenda des Bür-

germeisters. Dies meint er aber nicht nur ökologisch. In der Stadt soll ein **gutes Klima zwischen den Menschen** zwischen den Menschen herrschen. Gemeinsames Feiern kann dazu beitragen, um Verbundenheit zur Heimatstadt zu schaffen. Beispiele sind bereits das „Dinner-Picknick“, die „Lokaltour“, „Musik im Korb“ oder das „Klappstuhltheater“.

Die Mitglieder und Sympathisanten gaben in der Diskussion viele Anregungen. Die Stadtverordnete Dagmar Enkelmann findet es wichtig zu erwähnen, welche **freiwilligen Leistungen** die Stadt Bernau stemmt, zum Beispiel zusätzliche Buslinien, Vereins- und Kulturförderung oder themenbezogene Kitas.

Die **ärztliche Versorgung** in der Stadt wurde als Problem benannt. Hierfür sei die kassenärztliche Vereinigung zuständig, erläutert der Bürgermeister, aber die Stadt könnte hier durch das Bereitstellen von Räumen für Arztpraxen helfen. Laut André Stahl macht die Stadt genau das bereits durch einen Neubau mithilfe eines privaten Investors neben dem Ladeburger Dreieck. Dort werden sich mehrere Ärzte neu niederlassen, zum Beispiel ein Kinder- und ein Hautarzt. Die Versorgung mit Hausärzten sei allerdings wirklich ein Problem.

Zu vielen weiteren Themen wird André Stahl in den nächsten Monaten Auskunft gern ins Gespräch kommen. Haben Sie Fragen, planen Sie ein Veranstaltung? **Kontakt:** rabe@dielinke-barnim.de, Tel.: 0176-84356999

Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung

LINKE Werneuchen: Entlastungen für Familien und eine Schulsozialarbeiter:in für Grundschule beschlossen.

Entlastung für Kitakinder von Januar bis März

Über eine kleine Entlastung können sich die Familien in Werneuchen freuen: Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 12. Februar auf Antrag der LINKEN, das Essengeld für alle Kita-Kinder für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 2022 nach der Anzahl der tatsächlichen Essentage zu berechnen, maximal aber den festgelegten Pauschalbetrag. „Viele Kinder nehmen derzeit das Mittagsangebot in den Kitas nicht wahr, weil die Kita geschlossen ist oder Eltern aus Rücksicht auf das Personal ihre Kinder zu Hause betreuen. Deshalb ist nur gerecht, die Essengelder spitz abzurechnen“, begründet Fraktionsvorsitzender Alexander Horn den Antrag. Außerdem werden im gleichen Zeitraum keine Elternbeiträge erhoben für die Tage, an denen die Betreuung in Kitas nicht genutzt wurde.

Schulsozialarbeiter:in

Auch für einen gemeinsamen Antrag von SPD, WiW und LINKEN gab es Zustimmung am 12. Februar. Danach wird die Stadt Werneuchen mit der Schaffung einer Schulsozialarbeiterstelle beauftragt. Die Schulkonferenz der Grundschule im Rosenpark hatte bereits eine solche Stelle gefordert und auch der Kitaausschuss des Hortes. „Die Kinder und Jugendlichen brauchen Unterstützung“, betont LINKEN-Politiker Alexander Horn. „Die Folgen aus der Pandemie mit Isolation, Lockdowns, Quarantäne, Krankheit und Einschränkungen der Sport- und Freizeitaktivitäten haben ihre Spuren hinterlassen.“ Aus seiner Sicht müsse jetzt gehandelt werden, auf Hilfen von Bund und Land zu warten, das wäre schlecht für die Kinder und Jugendlichen. Horn freut sich, dass dem Anliegen nun Zustimmung erteilt wurde. „Dennoch soll

die Stadtverwaltung aber versuchen, Fördermittel zu akquirieren, denn die geplanten 70.000 Euro sind für Werneuchen eine Menge Geld“, so Horn.

Keine Aufwertung der Spielplätze

Abgelehnt wurde jedoch eine Antrag der LINKEN, wonach jährlich ein Spielplatz pro Ortsteil instandgesetzt oder verbessert werden soll. „Die dafür nötigen Gesamtkosten von 20.000 Euro pro Jahr sollten zur Hälfte aus dem Stadthaushalt kommen. Die andere Hälfte sollte aus dem Kreisentwicklungsprogramm für strukturschwache Regionen beantragt werden“, erläutert Stadtverordnete Karen Mohr.

Luftreiniger abgelehnt

Auch für Luftreinigungsgeräte in Kitas und Schulen wird die Stadt Werneuchen weiterhin kein Geld aus-

geben. Auch hier hatte DIE LINKE bereits im letzten Jahr einen Vorstoß gewagt. Die Stadtverordnetenversammlung sprach sich für die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten aus, die Stadtverwaltung argumentierte später, dass es keine Förderungen dafür geben würde. „64.000 Euro sind dafür im Stadthaushalt eingeplant, allerdings mit einem Sperrvermerk versehen“, erläutert Fraktionschef Alexander Horn. Nun beantragte DIE LINKE die Freigabe der Gelder und wollte damit dafür sorgen, dass Luftreinigungsgeräte für Kita und Schule bereit gestellt werden. „Obwohl die Grundschule Werneuchen bereits zum Hotspot von Coronainfektionen geworden war, trotz Hygienemaßnahmen und Mundschutz, hat sich die Stadtverordnetenversammlung nicht für diesen Schutz unserer Kinder entschieden“, ist Alexander Horn enttäuscht nach der Abstimmung. **bc**

„Diese Ideen sind

Ihre Begeisterung für Eberswalde ist ansteckend, ihr Engagement echt, ihr
Steffi Schneemilch können Sie am 13. März in Eberswalde zur Bürgermeisterin wählen

Es ist einer dieser typisch grauen Tage, es ist kalt und windig, man hat nicht wirklich Lust auf einen Spaziergang. Aber ich bin mit Steffi Schneemilch verabredet.

Will sie erleben in ihrer Stadt, in der sie geboren wurde, in die sie nach einem Studium zurückkam, in der sie nun also wieder lebt, arbeitet und ihre Familie hat.

Dass sie hier verwurzelt ist, ist schon auf der Straße zu spüren. Wir sind kaum ein paar Schritte unterwegs, spricht sie schon die erste Frau an, eine Mitgefährtin des Bündnisses „die eine“. Kurz und engagiert tauschen die beiden ein paar Fakten und Verabredungen aus. Es ist viel zu tun für diese Bürgermeisterwahl.

Ein Bündnis hat sich zusammen getan, das eine aussichtsreiche Frau als Kandidatin aufgestellt hat, ein Bündnis, das von Bündnis90/Grüne, den LINKEN und Einzelpersonen unterstützt wird. Und Steffi Schneemilch ist noch Mitglied in der Bärnimer Kreistagsfraktion der SPD. Ist das ein Wirrwarr oder eine Chance? Seit 2019 sei sie immer mal wieder gefragt worden, ob sie sich das vorstellen könne, erst von der SPD, dann wurde es konkreter, weil sich einige ein gemeinsames Bündnis mit Grünen und LINKEN vorstellen konnten. „Ja, und ein solches Bündnis konnte ich mir auch vorstellen. Es gibt viele Gemeinsamkeiten, viele Ideen für unsere Stadt, ja, dafür will ich mich engagieren“, erzählt Steffi Schneemilch und sprüht förmlich vor Aktivität. Warum die SPD nun nicht mehr im Boot sitzt? Sie hat einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Man merkt der 40-jährigen an, dass der Weg danach ihr nicht leicht gefallen ist. „Ich bin Sozialdemokratin durch und durch“, erklärt sie. „Ich werde aber immer auch zu meinem Wort stehen.“ Und dazu gehört eben jenes, das sie Grünen und LINKEN gegeben hat. Und auch jenes, das sie ihren Wähler:innen bei der Kommunalwahl gab: Sie wurde in den Kreistag gewählt, fühlt sich ihrem Mandat verantwortlich, arbeitet im Jugendhilfeausschuss und gehört der SPD-Fraktion an; inzwischen parteilos, weil sie sonst nicht für das Bündnis „die eine“ in Eberswalde antreten dürfte.

„In Eberswalde hat sich einiges entwickelt, aber es



sind Weichenstellungen für die Zukunft nötig. Und zwar jetzt“, sagt Schneemilch

als wir vom Stadthafen bis zur alten „Städtischen Badeanstalt“ gehen. Sie erzählt begeistert, welche Potentiale Eberswalde entlang des Finowkanals hat. „Es gibt zwei Sanierungspakete für den Erhalt der Bundeswasserstraße, für die Sanierung der Schleusen“, sagt Schneemilch. „Entlang dieses Kanals können wir so viel entwickeln, die Stadt hat sogar noch eigene Grundstücke am Wasser. Die dürfen wir nicht verscherbeln, sondern müssen sie gut nutzen.“ Das erklärt auch, weshalb wir diesen Weg gehen: Die „Städtische Badeanstalt“ trägt zwar noch diesen Namen, aber sie wurde von einem Eberswalder privat saniert. Nicht mehr als Badeanstalt, die wurde mit der Wende geschlossen, sondern als Platz für Camper und Wohnmobile mit einem Naturbad, mit Bootsverleih und Gastronomie. „Hier hat jemand investiert, der Stadt ein Kleinod für den Tourismus geschenkt, darauf gebaut, dass der Finowkanal schiffbar bleibt. So

etwas muss die Stadt unterstützen“, begeistert sich Steffi Schneemilch. Entlang des Kanals wohnen, arbeiten und leben, so steht es in ihrem Wahlprogramm – und zugleich die Natur erhalten.

Überhaupt sei die Wirtschaft in Eberswalde viel kleinteiliger geworden. Schneemilch will deshalb im Rathaus eine Stelle einrichten, die sich um die Vernetzung kümmert,

egal ob Handel, die Gründung von kleinen Unternehmen oder Lebensmittelverarbeitung. Und über den Tellerrand müsse dabei auch geschaut werden: „Entwicklungen machen doch nicht an der Stadtgrenze halt, wir brauchen die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden, natürlich themenbezogen, wenn es um den Finowkanal, Fahrradwege oder wirtschaftliche Ansiedlungen geht.“

Der leichte Niesel geht langsam in Regen über, angenehm ist was anderes. Aber der Weg am Finowkanal ist immer noch belebt. Zwei Frauen sind

mit Rucksack unterwegs, offenbar auf einem längeren Marsch, trotz des Wetters. Ein Fahrradfahrer überholt uns. Ein junger Mann kommt uns entgegen. Auch ihn kennt Steffi, ein ehemaliger Kollege. Auch hier ein kurzes Gespräch. Zum Schluss geht es, natürlich, um die Bürgermeisterwahl. „Meine Stimme hast Du, ich habe schon Briefwahl gemacht“, erklärt er, bevor er im Regenschleier verschwindet. Steffi wirkt fast ein wenig überrascht. „Das ist ja großartig“, meint sie. Mit diesem Satz könnte man sie fast ein wenig charakterisieren.

„Das ist ja großartig!“, kommentiert sie, wenn ihr eine Idee sofort gefällt, wenn es etwas gibt, das sie vielleicht so noch nicht gesehen oder in einem bestimmten Zusammenhang noch nicht bedacht hat.

Diese Aufmerksamkeit begleitet jedes Gespräch. Das Engagement, das dahinter steckt, ist wirklich etwas, was eine neue Bürgermeisterin ausmachen könnte: Ich höre Dir zu, ich bin bereit,

einfach großartig“

er Wunsch andere einzubeziehen, kann eine neue Politik möglich machen. Wählen. Wer ist sie? Warum sollte sie die Barnimer Kreisstadt führen? Ein Porträt.

neue Ideen zu bedenken, umzusetzen. Sie vertraut auf eine Verwaltung, die funktioniert, darauf, dass es ihr möglich bleiben wird politische Akzente auch als Verwaltungschefin zu setzen. Gemeinsam mit ihrem Bündnis und allen, die sich einbringen wollen.

Traut sie es sich zu, eine Verwaltung mit über 600 Beschäftigten zu leiten? Kurzes Zögern, wirklich nur kurz, dann kommt die Antwort: „Ja, es wird eine Herausforderung, aber das schaffe ich.“

Dann kommt sie auch zu einem Lieblingsthema. Menschen ernst zu nehmen, ihre Ideen „großartig“ zu finden, heißt auch, dass sie die Zeit haben müssen, sich einzubringen.

Steffi Schneemilch sieht ganz viel Potenzial im Ehrenamt. Sie will damit in ihrer Verwaltung ein Zeichen setzen und eine Vereinbarung erwirken: „Wer sich ehrenamtlich engagiert, soll eine kleine zeitliche Unterstützung erhalten, eine Stunde pro Woche fürs Ehrenamt zum Beispiel, das wäre großartig.“ Da ist es wieder, dieses Wort. Der Personalrat fand die Idee wohl schon toll. Die Agentur für Ehrenamt auch. „Wir könnten Menschen kurz vor der Rente zum Beispiel damit auch neue Perspektiven bieten, falls sie noch nicht so genau wissen, wie es weiter gehen soll nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben.“ Und vielen anderen natürlich auch. Egal, ob Sport, Musik oder Hilfe für Senior:innen, es gäbe soviel zu tun. „Ohne Ehrenamt gibt es bei uns für viele Aktivitäten keine Basis“, sagt Steffi Schneemilch. Das gehöre anerkannt und unterstützt. „Es gibt Unternehmen, die bereits darauf bauen, dass engagiertere Menschen zufriedener und auch effektiver ihrer Arbeit nachgehen“, betont Schneemilch, damit klar ist, dass das kein besonderer Luxus für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes sein muss. Was sie will, ist ein Umdenken zu fördern und anzuerkennen, dass Menschen sich für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft engagieren. Sie hat es selbst erlebt, als Kind ging sie zur Wasserwacht, ist als Jugendliche Rettungsschwimmerin geworden. Sie hat dort viel gelernt für ihr Leben, Freundschaft, Zusammengehörigkeitsgefühl, kämpfen, gewinnen und verlieren lernen. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn es nicht Menschen

gegeben hätte, die sich für Kinder und Jugendlichen engagiert hätten.

Irgendwer, irgendwo, irgendwann: Bei kandidierenden Frauen wird immer wieder die Frage nach der Vereinbarkeit des Amtes mit der Familie gestellt. „Warum eigentlich?“

fragte eine Zuhörin sinngemäß im Chat beim Online-Wahlkampfauftakt von Steffi Schneemilch, moderiert von Journalistin Carla Kniestedt. Männer kriegen solche Fragen kaum gestellt. Deshalb: Wer wissen will, wie sich die Patchwork-Familie Schneemilch mit dieser Frage auseinander gesetzt hat, kann sich das kurzweilige Interview schauen auf dem Youtube-Kanal der Barnimer LINKEN anschauen.

Wir sind vor dem Regen inzwischen in das Café Dietert geflüchtet. Die vielen leckeren Kuchen und Torten lassen mir das Wasser im Mund zusammen laufen. Und Steffi Schneemilch bekennt: Sie mag Kuchen sehr gern und bestellt eine Baiser-Quarktorte zum Milchcafé.

Sie will langfristig denken für Eberswalde, „enkeltauglich“ hat sie als Begriff eingeführt.

Soziale, ökonomische und ökologische Probleme so lösen, dass sie die folgenden Generationen nicht belasten. Es stört sie sehr, wenn man über Bedarf erst redet, wenn es akute Probleme gibt. „Zurzeit fehlen rund 240 Kita-Plätze in Eberswalde, jedenfalls stehen so viele Kinder zurzeit auf den Wartelisten“, erklärt Steffi Schneemilch. „Eberswalde braucht also jetzt eine Kita, in 6 Jahren mehr Plätze an Grundschulen und in 12 Jahren auf weiterführenden Schulen“, erklärt sie wie sie sich ein strategisches Denken im Eberswalder Rathaus vorstellt. Und erzählt begeistert, vom Kita-Modulbau in Ahrensfelde. Eine dortige Kita hatte sie sich angesehen, die gleich so geplant wurde, dass sie einmal anders genutzt werden könnte. Wenn die Kita-Plätze mal nicht gebraucht werden kann der Bau zum Beispiel als Begegnungsstätte oder Pflegeeinrichtung dienen. Steffi Schneemilchs Augen leuchten dabei.

So möchte sie die Stadt regieren: Ankommen, bleiben, leben,

steht über einigen Schwerpunk-

ten in ihrem Wahlprogramm. Jüngere will sie animieren in ihre Stadt zurückzukommen, wenn sie woanders eine Ausbildung gemacht haben. Familien sollen ein gutes Umfeld mit kurzen Wegen finden und ältere Menschen möglichst lange selbstständig leben können. Schlagworte, die sich bestimmt auch in anderen Wahlprogrammen nachlesen lassen.

Dennoch: Was an Steffi Schneemilch fasziniert, ist, dass man sich mitgenommen, ernst genommen, einbezogen fühlt.

Im direkten Gespräch merkt man mit wie viel Themen sie sich auseinander gesetzt hat, wie viele Studien sie gelesen, wie viel Lebenserfahrung sie in Berufsausbildung, Hochschulstudium, Kreistagsmandat und Patchworkfamilie gesammelt hat. Sie denkt weiter, fügt zusammen. Im Chat des schon erwähnten Interviews mit Carla Kniestedt fragte eine Zuhörer:in zu der zu bauenden Kita: Aber wo sollen die Erzieher:innen dazu herkommen? Überall würden händeringend Fachkräfte gesucht. Steffi sagt: Die Stadt Eberswalde bildet seit 2 Jahren selbst Erzieher:innen aus, das ist der richtige Weg. Nur die Koordination mit dem

Besuch der Berufsschulen muss noch verbessert werden. Lösungen suchen, Kompromisse finden, das ist ihr Weg. „Es kann nicht sein, dass die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Wohnungen saniert ohne anzugeben, was sie dann kosten werden“, führt sie ein weiteres Beispiel an. Sie will ein Innenstadtkataster, eine 30-prozentige Sozialquote für Wohnungsneubau. Bei einem Thema aber hört sie sich kompromisslos an: Kein Verkauf mehr von städtischen Grundstücken. Und hat auch gleich ein gutes Beispiel bei der Hand: Die Stadt Ulm kann ihre Wohnungsmietpreise gut steuern, hat aufgekauft statt verkauft, stabilisiert dadurch den Wohnungsmarkt ...

Wir könnten ewig weiter reden. Aber der Kuchen ist gegessen, die Arbeit ruft, ihre in der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNE).

Während ich mich schon auf den Weg nach draußen mache, geht Steffi Schneemilch zum Nebentisch, reicht zwei Frauen ihre Flyer, stellt sich vor. Als sie mir folgt, zu ihrem Fahrrad geht, strahlt sie über das ganze Gesicht: „Die Leute reagieren großartig wenn ich sage, dass ich Bürgermeisterin für Eberswalde werden möchte.“
Text und Foto: Berit Christoffers

**Steffi Schneemilch live erleben?
Entweder mal gucken auf Youtube.**



Bildung und Ehrenamt

„Der Anfang“, Wahlkampfauftakt mit Steffi Schneemilch, moderiert von Carla Kniestedt mit illustrierter Beteiligung von Sebastian Walter (DIE LINKE).

Oder in den „Koalitionsgesprächen“ mit Dominik Rabe und Matthias Holz, Stadtverordnete in Bernau, zu sehen auf:

youtube Die LINKE Barnim:

Oder hier:

Termine, wo Sie Steffi Schneemilch persönlich treffen können, finden Sie immer aktuell auf ihrer Homepage. Dort sind auch ausführlich alle Kernthemen im Wahlprogramm nachzulesen:
<https://www.steffi-schneemilch.de>



Nie wieder Krieg! Frieden in Europa!

Ob in den Kommunen oder im Bundestag: DIE LINKE setzt sich für Deeskalation ein.

Von Isabelle Czok-Alm,
Kreisvorsitzende
DIE LINKE Barnim

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am 21. Februar die Gebiete Luhansk und Donezk in der Ostukraine als Volksrepubliken anerkannt und die Entsendung von Truppen angeordnet. Damit wird es immer schwerer, eine politische Lösung für diese eigentlich zur Ukraine gehörenden Gebiete zu finden. Faktisch ist damit das „Minsk-II“ genannte Abkommen aufgekündigt worden, wonach seit 2015 um eine Beilegung des Krieges und eine politische Lösung des Konflikts gerungen wird.

Am 22. Februar hat sich der Bundesvorstand der LINKEN für „Diplomatie und Gespräche auf Augenhöhe“ ausgesprochen, gegen die Osterwei-

terung der NATO und gegen Waffenlieferungen in Krisengebiete. Sie fordert, dass Russland die Grenzen der Ukraine anerkennen und russische Truppen aus den Regionen Donzsk und Luhansk abziehen muss. DIE LINKE will, dass die Verhandlungen im Rahmen des Normandiefenats (Regierungschefs von Russland, Ukraine, Frankreich, Deutschland) wieder aufgenommen werden. Aber auch solche Themen wie die Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern aus Russland und der Ukraine fanden Eingang in den Beschluss. (Mehr dazu: <https://www.die-linke.de/themen/frieden>).

„Wer Armeen schickt, setzt sich ins Unrecht“, verurteilte der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, Putins Handeln am 22. Februar. Aber auch der Westen habe bisher nicht alles

getan, um zu deeskalieren. Verbale Attacken, Unterstellungen und Desinformationen hätten nicht dazu beigetragen, die Situation zu entschärfen. Aber Walter sagte klar: „Kriege kosten Leben, vor allem das von Zivilist:innen. Verhandlungen kosten Zeit und Nerven, vor allem von Politiker:innen. DIE LINKE setzt weiter auf Verhandlungen.“

Bereits am 15. Februar hatte der Barnimer Kreisverband eine Erklärung „Kein Krieg mit Russland“ an Bundestagsfraktion und Bundesvorstand der LINKEN gesandt. Es bleibt dabei: Ein Krieg in Europa muss verhindert werden.

Der Parteivorstand der LINKEN beschloss bereits am 7. Februar aktiv an der Seite der Friedensbewegungen zu stehen. Auch als Kommunalpolitiker:innen können wir uns aktiv einbringen. In Wustermark zum Beispiel initiierte DIE LINKE einen fraktionsübergreifenden Appell an die Bundestagsabgeordneten, sich für eine diplomatische Lösung im Ukraine-Konflikt einzusetzen.

An einer Video-Konferenz des „Kommunalpolitischen Forums e.V.“ mit Kerstin Kaiser, Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, nahmen über 200 Interessierte teil. Das Video ist hier zu finden:

<https://youtube.com/R01>

ThivVRZw oder direkt:

Verschiedene Initiativen haben Statements, Aufrufe und Petitionen herausgegeben, die unter-



zeichnet werden können, z.B. im Internet unter:

<https://www.niewieder-krieg.org>

<https://www.frieden-links.de>

<https://www.berlin-gegen-krieg.de>

<https://www.friedenskooperative.de/ukraine-krise-alle-infos>

<https://www.zeitung-gegen-den-krieg.de>



Bundestagsabgeordneter Gregor Gysi (DIE LINKE) am 17. Februar im Bundestag: Natürlich darf B nicht stehlen, nur weil A schon gestohlen hat. Aber wie kommen sie darauf, dass die NATO der moralische Gott gegenüber Russland wegen einer Völkerrechtsverletzung (Krim) ist, nachdem die NATO oder Mitglieder der NATO vorher so oft das Völkerrecht verletzt (Serbien, Irak, Syrien)? Wir müssen im Ukraine-Konflikt aus der Spirale von Konfrontation, Sanktionen, Aufrüstung und Eskalation heraus.

Energie darf nicht zum Luxusgut werden

23. Februar: Brandenburger Landtag hält Antrag der LINKEN für unnötig

Eine so genannte Bundesratsinitiative hatte DIE LINKE im Brandenburger Landtag am 23. Februar gefordert. Das sind Anträge, die die Bundesländer im Bundesrat stellen. DIE LINKE will damit vor allem auf eine bundesweite Lösung für die gestiegenen Energie- und Benzinpreise hinwirken. Diese müssten bedarfsdeckend in die Regelsatzhöhe bei Grundsicherungsleistungen (SGB II und XII) eingearbeitet werden. Außerdem sind Zuschüsse zu Heiz- und Stromkosten für Haushalte mit niedrigem Einkommen nötig. Energiesteuer sowie Mehrwertsteuer auf Energie-, Heiz-, Brenn- und Kraftstoffpreise sollten nach Auffassung der LINKEN gesenkt und die Entlastung an die Verbraucher:innen weitergegeben werden. Außerdem müssten Gas- und Stromsperrungen aufgrund von Zahlungsunfähigkeit von Verbraucher:innen untersagt, Sozialtarife eingeführt und eine kostenlose Energieschulden-

beratung angeboten werden. Auch ein ganz aktuelles Problem müsse gelöst werden: Tankstellenbetreiber:innen in der Grenzregion zu Polen sind seit dem 1. Februar akut gefährdet. Denn durch Energie- und Mehrwertsteuersenkungen in Polen sind die dortigen Kraftstoffpreise um rund 60 Cent/Liter niedriger als auf deutscher Seite.

„Die Verteuerung für Energie ist enorm“, erklärt Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag, den Antrag seiner Fraktion. „Nach Angaben des Statistischen Bundesamts zahlten Verbraucher:innen zu Jahresbeginn 20,5 Prozent mehr für Energie als ein Jahr zuvor. Heizöl war 51,9 Prozent teurer, Erdgas 32,2, Treibstoff 24,8 und Strom 11,1 Prozent.“ Aber auch die Wirtschaft leide unter den hohen Energiepreisen, darauf weist Walter hin, viele brandenburgische Unternehmen seien in ihrer Existenz bedroht.

„Energie darf nicht zum Luxus-

gut werden“, fordert der Eberswalder Sebastian Walter. „Die Gewährleistung des Zugangs zu bezahlbarer Energie ist elementarer Bestandteil der Daseinsfürsorge des Staates und erfordert jetzt eine Mischung aus kurzfristigen und systembezogenen Maßnahmen, um der Energie-Preispirale Einhalt zu gebieten. Dazu ist es unbedingt nötig, die derzeitigen Energiepreise spürbar und nachhaltig zu senken und durch sozialpolitische Maßnahmen Energiepreisstörungen auszugleichen.“ Der Landtag debattierte zwar am 23. Februar darüber, aber der Antrag der LINKEN fand keine Mehrheit. Warum? Darüber kann Walter nur den Kopf schütteln. „In allen Parteien und Bundesländern wird nach Lösungen zu diesem Thema gesucht, warum sich Brandenburg hier im Bundesrat nicht offensiv einbringen will, ist mir ein Rätsel.“

Am 2. Februar beschloss das Bundeskabinett, Wohngeldberechtigten

sowie BaföG-Bezieher:innen einen einmaligen Zuschuss für die Heiz- und Energiekosten zu gewähren. Für Alleinstehende sind 135 Euro geplant, für Zweipersonenhaushalte 175 (+35 Euro je weiterer Person) und für Studenten und Azubis 115 Euro. Entschieden ist vom Bundestag allerdings noch nichts, der Bauausschuss berät weiter darüber.

DIE LINKE hatte bereits Ende Januar den Vorschlag des DGB befürwortet, die Zahlungen auf Studierende und Auszubildende auszudehnen. „Die Höhe der Beträge genügt aber nicht“, kommentiert Sebastian Walter. Er unterstützt den Vorschlag der Berliner LINKEN, sich an der Berechnung der Verbraucherzentralen zu orientieren, die von jährlich 500 Euro Mehrbelastung je Haushalt ausgehen. Außerdem solle der Zuschuss auf Haushalte mit geringem Einkommen, aber ohne bisherigen Sozialleistungsbezug, ausgedehnt werden. **bc**

Als ich einmal dankbar war ...

Vertrauensschutz in die Brandenburger Corona-Hilfen für Kleinunternehmen forderte DIE LINKE im Februar-Landtag. Was bedeutet das für die Einzelnen? Bericht einer Barnimer Einzelhändlerin über die Achterbahnfahrt zwischen Dankbarkeit, Solidarität, Hoffnung und Wut.

Von Sylvia P.

März 2020: Etwas nie zuvor Bekanntes passierte: Ein Lockdown. Auf staatliche Anweisung mussten Läden schließen, Betriebe ihre Produktion einstellen. Fassungslos, aber trotzdem mit Verständnis, stand ich als Inhaberin einer Buchhandlung da. Seit Tagen machten sich meine Kolleg:innen und ich Gedanken, wie es weitergehen soll. Nicht nur meine Existenz stand auf dem Spiel, sondern auch die meiner Beschäftigten.

Brandenburgs Landesregierung sagte zu, dass kleine Unternehmer:innen während der Corona-Krise schnell und unkompliziert unterstützt werden. Mit viel Hoffnung im Herzen füllte ich den Antrag aus, suchte Handelsregistrauszug, Gewerbeanmeldung, Ausweis- und Steuernummer und sendete den Antrag ab.

Nach 14 Tagen wussten wir nicht mehr, wo uns der Kopf stand. Erstmal monatlich Kurzarbeit beantragen (das Formular war schon wesentlich komplizierter), Internetseite aktivieren, um Kund:innen zu halten, Lieferservice organisieren, Anzeigen schalten, über neue Verkaufsmöglichkeiten nachdenken. Über allem schwebte die Ratlosigkeit und die Frage: „Wie geht es weiter?“ Welche Maßnahmen kann ich als Chefin verantworten? Meine Tage schienen unendlich lang zu sein. Ich rief Verlage an, verlängerte Zahlungsziele, versuchte Messeaufträge zu stornieren, bestückte den Online-Shop, borgte mir sicherheits-halber Geld, um die Liquidität des Online-Shops zu sichern. Zwischen-durch wurden große Büchertische von Mark Bennecke, Horst Evers und Michael Lüders abgesagt, die Ware war aber schon da. Was tun? Wo lagern, wie verkaufen? Dazwischen Online-Formate bauen, Werbeaufnahmen organisieren, Anrufbeantworter abhören, Mails beantworten, liefern, (zum Glück haben wir alle ein Auto und den Führerschein), Handyberatungen per WhatsApp organisieren, Bücher verkaufen ohne persönliche Kontakte... Immer wieder die bange Frage: Schaffen wir das?

Wir richteten eine „Kasse des Vertrauens“ vor dem Geschäft ein, sie funktionierte, unsere Wundertüten verkauften sich. Wir erlebten eine riesige Welle der Sympathie und Solidarität durch unsere Kund:innen. Schulen bestellten vorfristig Schubücher, Vereine kauften Geschenke. Immer wieder gab es Hilfsangebote von Kund:innen. Dann ist das Geld der

ILB da, 9.000 Euro gab es als Hilfspaket für 3 Monate. Ich war so dankbar und erleichtert, so erstaunt und glücklich, dass „die große Politik“ ihr Versprechen gehalten hat. Ich atmete durch, soweit das mit Maske möglich war und verteidigte überall Maskenpflicht, AHA-Regeln, Impfungen.

Später wurde ich kritischer, gegensätzliche und widersprüchliche Verordnungen brachten mich durcheinander: Wie viele Menschen dürfen in meinen Laden, welche Maske muss an welchem Ort getragen werden? Darf ich ins Restaurant oder nicht, von Urlaub nicht zu reden. Ich finde es zunehmend schauerhaft, wie mit Vereinen, Kleinunternehmen und Firmen umgegangen wird. Nach fast zwei Jahren Pandemie gibt es keine einheitlichen Regeln, ständig muss

fordern. Was nicht in Ordnung ist, ist, wenn ein Vertragspartner plötzlich und vor allem rückwirkend Richtlinien verändert, Termine nicht mehr mit den ursprünglich vereinbarten übereinstimmen und Fristen verändert werden. Die Abrechnung meines Antrags entspricht nun nicht mehr der Richtlinie, auf deren Grundlage ich den Antrag gestellt habe, der Hilfszeitraum wird verschoben und und und ... Kurzgesagt ich bin stinksauer!

Es wird Zeit, daran laut Kritik zu üben. DIE LINKE hat es getan, die ganzen letzten 2 Jahre, hat auch viele Vorschläge unterbreitet, die uns Kleinunternehmer:innen helfen könnten. Auch im Februar stellte sie dazu wieder einen guten Antrag im Landtag, der uns Vertrauensschutz gegeben hätte. Er

bereits ein Stunde früher, weil Demonstrant:innen so dermaßen an unsere Scheibe geschlagen haben, dass ich das meinen Kolleg:innen und Kund:innen nicht zumuten kann. Sie kommen nicht nach Hause und die starke Polizeipräsenz für Demos in unserer Stadt macht mir Angst. Und ich bin nicht die Einzige, auch andere Händler:innen ziehen Konsequenzen. Das ist gar nicht gut, denn unsere Städte brauchen die Händler:innen und die Kund:innen brauchen uns. Ich wünsche mir eine Rückkehr der Solidarität, die wir vor 2 Jahren miteinander gelebt haben. Und eine Rückkehr des Vertrauens der Politik in uns, damit auch wir wieder Vertrauen in Zusagen haben können.

Immer und immer wieder haben DIE LINKEN in Brandenburg auf die Situation der Klein- und Soloselbstständigen hingewiesen, Unterstützung für sie gefordert, vielfältige Vorschläge gemacht (Beispiele aus Offene Worte Online vom 29. April, 16. Mai und 30. August 2020).

Was in anderen Bundesländern ging, stieß in Brandenburg auf taube Ohren. Nun fordert der Brandenburger Wirtschaftsminister auch noch Rückzahlungen von Unternehmen, die in gutem Glauben Anträge gestellt haben (siehe Seite 1).



Soforthilfe Brandenburg: Wortbruch?

Landesregierung hat unauffällig gute Regeln für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen geändert
 LINKE forderte am 28. April: Die ursprünglichen staatlichen Zusagen müssen eingehalten werden

Eine Korrektur des Durchscheidens, das die Brandenburger Landesregierung seit Anfang April

tigten 15.000 Euro, bis zu 50 Beschäftigten 30.000 Euro und bis zu 100 Beschäftigten 60.000 Euro.

eine rechtliche Änderung mit: Mit Pressemitteilung vom 2. April erklärten Wirtschaftsminister und

nicht zum Fenster rausschmeißen könne. Tatsächlich gibt der Bund die Regelungen vor. Aber die Bun-

ich Hygienekonzepte verändern, Zutrittsregeln erneuern, Veranstaltungen absagen. Manchmal weiß ich nicht, welche Verordnung gültig ist. Von Arbeitsalltag und Regelmäßigkeit kann ich nichts spüren. Es gibt Corona-Maßnahmen, die für mich nicht nachvollziehbar sind!

Mitte Januar 2022: Ich bekomme Post von der ILB, der Brandenburger Investitions- und Landesbank. Jetzt schlägt der Optimismus und mein Vertrauen in Frust und Wut um. Nun fordert die großzügige ILB, die Soforthilfe vom Frühjahr 2020 zurück. Grundsätzlich ist es richtig, Bescheide zu prüfen, Abrechnungen einzu-

wurde abgelehnt. Warum? Warum will man uns nicht helfen?

Aber, auch das möchte ich sagen: Trotz alledem halte ich nichts von ungenehmigten Demonstrationen, auf denen gepöbelt, gebrüllt und zu Gewalt aufgerufen wird! Seit November schließen wir unser Geschäft dienstags

Sie lassen sie doch im Regen stehen!

SPD, Grüne und CDU lehnten am 14. Mai den Antrag der LINKEN und FW für Solo-Selbstständige ab

SPD, CDU und Grüne im Brandenburger Landtag, die Kenia-Koalition, lehnten einen Antrag der LINKEN und Freien Wähler zur Unterstützung von Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmen ab.

„Wir fordern die Landesregierung auf, ihr Versprechen zu halten und dafür endlich eigenes Geld in die Hand zu nehmen“, erläuterte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter. Denn ursprünglich galt in Brandenburg

ausgaben geltend machen – was am Kernproblem der Solo-Selbstständigen vorbei geht, die arbeiten nämlich meist von zu Hause und brauchen Umsatzerlös.

„Die Neuregelung wurde rückwirkend angewendet und trifft etwa zwei Drittel der rund 75.000 Antragsteller“, kritisierte Walter. „Sie schicken Menschen, die sich ein Leben lang etwas aufgebaut haben, in die Armut!“, warf der LINKE-Chef der Landesregierung vor.

Frauen- geschichte(n) Minna Canth



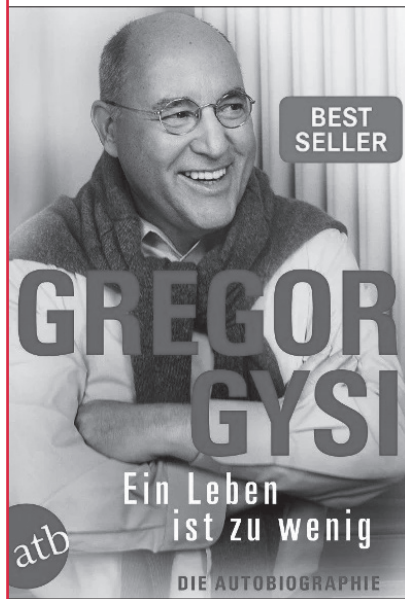
Von Gisela Zimmermann

Minna Canth wurde am 19.03.1844 als Ulrika Wilhelmina Johnsson in Tampere in Finnland geboren. Sie wuchs als Tochter eines Textilhandwerkers und späteren Händlers in ärmlichen Verhältnissen auf. Gegen den Willen ihrer Eltern strebte sie einen höheren Schulabschluss an. Ihre Ausbildung als Lehrerin brach sie ab und heiratete ihren Lehrer; mit dem sie sieben Kinder bekam. Als ihr Mann starb, blieb Minna unversorgt zurück. Sie eröffnete einen kleinen Garnladen in Kuopio. 1882 beendete sie ihr erstes Theaterstück mit dem Titel „Einbruchsdiebstahl“. Damit wurde sie über Nacht berühmt. 1888 erschien ihr Stück „Unglückskinder“, was gleich nach der Premiere verboten wurde. „Die Frau des Arbeiters“ gilt als ihr bekanntestes Theaterstück. In ihren Theaterstücken und Erzählungen setzte sie sich immer wieder für die Rechte der Frauen ein. Sie ließ zum ersten Mal Proletarierinnen auf der Bühne auftreten.

Durch ihre Werke war Minna Canth großem gesellschaftlichen Druck ausgesetzt, der sie am Schreiben hinderte und weshalb sie in Erwägung zog auszuwandern. Nach dem Tod einer Tochter und zweier Freunde fühlte sie sich weniger angreifbar und setzte sich noch intensiver für eine Reform der Frauenrechte in der Ehe ein. „Ich bin mit keiner meiner bisherigen Arbeiten zufrieden, doch hoffe ich, noch etwas Besseres schaffen zu können“, schrieb Minna 1891. 1895 erschien ihr künstlerisch reifstes Drama „Anna Liisa“. Sie starb am 12.05.1897 in Kuopio.

1907, zehn Jahre nach Minna Canths Tod, führte Finnland als erstes europäisches Land das Frauenwahlrecht ein, was maßgeblich ihren Werken zu verdanken war. Seit 2007 wird der Geburtstag von Minna Canth, der 19. März, in Finnland als Tag der Gleichberechtigung gefeiert. Sie gilt als Wegbereiterin des finnischen Realismus und der finnischen Frauenbewegung.

Lesung und Interview: Mit Gregor Gysi Stadthalle Bernau



Am 10. Mai 2022 lädt die Buchhandlung Schatzinsel Gregor Gysi zum Interview in die **Stadthalle Bernau** ein. Er liest, erzählt, bringt das Publikum zum Lachen und Nachdenken. Faszinierend ist es, wie er

durch seine un-nachahmliche, kluge Art aus seinem Leben zu berichten weiß. Einer der zeigt, dass Politik auch Spaß machen kann.

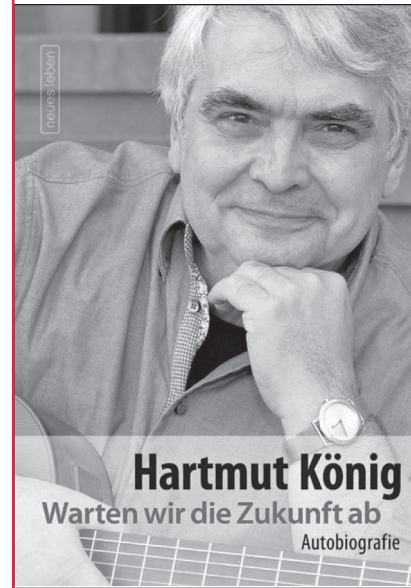
Diese Veranstaltung war bereits für 2020 und 2021 geplant und wurde zweimal coronabedingt verschoben. Gekaufte Karten haben ihre Gültigkeit behalten.

Einlass ab 18.30 Uhr, Beginn: 19:30 Uhr; Preis: 20 Euro.

Kartenvorverkauf unter:
Tel.: 03338/761991
oder per E-mail: info@schatzinsel-bernaude

LINKE Panketal mit: Hartmut König, Liedermacher und Buchautor

Am 14. März 2022, 19 Uhr, lädt die Panketaler LINKE zu einer Lesung ins **Rathaus Panketal**, Schönower Straße 105, Ratssaal, ein.
Einlass ab 18.30 Uhr.



Zu Gast ist Hartmut König, Liedermacher und Buchautor, Mitbegründer des Oktoberklubs, einem Singklub der DDR.

Er wird aus seiner Autobiografie „Warten wir die Zukunft ab“ lesen, neue und alte Lieder singen und seine Bücher und CD's signieren.

Der Eintritt ist frei.

Es gelten die aktuellen Corona-Bestsimmungen (2G und FFP2-Maske).

Kontakt und Anmeldung bei:
Lothar Gierke;
per E-Mail: l-gierke@gmx.de

Preisrätsel

Gewinner der Januar/Februar-Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ wird in der nächsten OW-Ausgabe bekannt gegeben.

Lösungswort dieser Ausgabe: Die grau unterlegten Felder benennen eine Bürgermeisterkandidatin für Eberwalde, bis zum 10. April 2022 an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 2. Grünanlage, 6. Verwandte, 9. schott. Familiengruppe, 10. Nachahmung, 11. phantast. Meeresfigur, 12. zweitgrößter Mond d. Saturn, 13. kreiseigene Gesellschaft im Barnim (Abk.), 14. Geliebte d. Zeus, 17. engl.: eins, 19. Jahresabschnitt, 22. Wertcoupon, 24. Gebäck, 25. Flachland, 27. Niederschlag, 28. weibl. Vorname, 31. Futterpflanze, 33. Helfer, 36. eth. Begriff, 37. ärztl. Attest, 38. russ. Heißgetränk, 40. Atmungsorgan der Fische, 41. pädagog. Konzept f. Kitas („Stärken stärken“), 44. ehem. größter abflussloser Salzsee in Zentralasien, 46. Nasenlaut, 49. engl.: Herz, 51. franz. Stadt an der belg. Grenze, Kriegsschauplatz, 54. dt. Dramatiker (1898-1956), 55. nilosaharische Sprache, 56. Küchenuntensil, 58. Saalezufluss, 60. Fürst d. Kiewer Rus, 63. musikal. Bühnenwerk, 64. Gartenblume, 66. gefrorener Niederschlag, 67. Titelfigur bei Lessing, 68. südamerikan. Staat, 69. Wasserwanderboot, 70. alkohol. Getränk
Senkrecht: 1. Süddeutscher, 2. graf. Farbsystem, 3. neg. geladenes Teilchen, 4. dt. Landeshauptstadt, 5. junger Hering, 6. gastr. Angebot, 7. europ. Hauptstadt, 8. Grünland, 15. Stadt im Salzlandkreis (Sachsen-A.), 16. Bestätigung, 18. Zuchtschwein, 20. Salz d. Ölsäure, 21. brit. Sängerin (geb. 1988), 23. Stadt in Belarus, 26. starke Verneinung, 29. Gefühlsregung, 30. niederländ. Gelehrter (um 1466-1536), 31. Bausatz, 32. Speisewürze, 34. europ. Strom, 35. rohes Rindfleischgericht, 36. Halbaffe, 39. mittelhochdt.: Hügel, 42. Tanzschüler:in, 43. Getreidebündel, 44. engl. Biersorte, 45. bibl. Stammvater, 47. Boot Noahs, 48. ital. Provinz, Weingebiet, 50. Musikensemble, 52. Schiffsart, seit dem 19. Jh., 53. chem. Element, Alkalimetall, 56. arab. Männername, 57. Metall, 59. Skistrecke, 61. Farbton, 62. letzte Ruhestätte, 65. Laufvogel

